

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktion Dresden  
Verlagsdirektor: Hermann Wenzel  
Druck: Druck- u. Verlagsanstalt  
Dresden - K. 1, Barncrstraße 20/21

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags  
Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags  
Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags

Druck u. Verlag: Meißel & Weidert  
Dresden, Postfach-Nr. 1066  
Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichtenverlags

## Der Osten fordert

# Einigkeit des ganzen deutschen Volkes

## Treviranus gegen die Grenzen des Unrechts

## Gemeinsame Listen von Volkspartei und Staatspartei in Baden und Württemberg

Berlin, 10. Aug. Am Sonntagvormittag fand im Reichstag eine Gedenkfeier zur Rheinlandräumung statt, die der Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar veranstaltete. Im Anschluß daran fand dann vor dem Reichstag eine Kundgebung der Ostverbände statt, die dem Gedenken an den Abstimmungstag in Ost- und Westpreußen galt, der sich jetzt zum zehnten Male jährt. Auf dem Platz der Republik drängte sich eine dichte Menschenmenge. Bei dieser Gelegenheit hielt Reichsminister Treviranus eine Rede, die aufhören läßt wie ein Fanfarenstoß. Sie spricht eine so deutliche Sprache, daß sie unzweifelhaft einen lebhaften politischen Widerhall finden wird. Es wäre zu wünschen, daß sie der Auftakt wird zu einer aktiven, tatkräftigen Grenzlandpolitik.

Karlstraße, 10. August. In Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Curtius fand heute hier eine stark besuchte Vertreterversammlung des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei statt. Einmütig wurde unter lebhaftem Beifall der langjährige Spitzenkandidat Reichsaußenminister Dr. Curtius wiederum aufgestellt.

Die Deutsche Volkspartei teilt parteiamtlich folgendes mit:  
Zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden und Württemberg werden aus- schiedsreiche Verhandlungen über den Abschluß eines Wahlabkommens geführt.

Es handelt sich um die Aufstellung gemeinsamer Listen. Reichsminister Dietrich hat Reichsminister Dr. Curtius die Führung der Einheitsliste in Baden angetragen, während die Liste in Württemberg durch Dr. Geuß geführt werden soll. In Baden ist an zweiter Stelle der Einheitsliste Reichsminister Dietrich (Staatspartei) und in Württemberg Reichstagsabgeordneter Reintath (D. Sp.) vorgezogen. Die Selbständigkeit der beiden Parteien wird durch das Abkommen nicht berührt.

## General von Seeck - Spitzenkandidat der DDP

Berlin, 10. August. Generaloberst a. D. von Seeck wird als Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis 18 (Magdeburg-Nahalt) kandidieren. Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen der Parteiführung und dem Generalobersten geführt worden sind, haben zu einer völligen Übereinstimmung in allen politischen Fragen geführt. Die endgültige Nominierung Seecks wird am 17. August auf der Parteivertreterversammlung der Deutschen Volkspartei in Magdeburg stattfinden.

Minister Treviranus führte aus:

Es ist wirklich schon ein Jahrzehnt vergangen, seit die Signale der französischen Alpenjäger, der italienischen Bersagliere im Abstimmungskampf in der Nordmark, in Oppeln, Allenstein und Marienwerder erklangen? Unsere Gedanken werden in dieser Stunde magnetisch zu den Tagen zurückgezogen, in denen der Nachdünkel von Versailles in der Dänemark in seine Schranken zurückgewiesen wurde, in denen trotz Verlockung fremden Geldes der Ruf: „Nie zu Wien“ über die fremden Bajanette hinwegbrauste.

Der Sieg des bodenständigen Deutschums rettete die Nation, wenn auch die Weichselgrenze Ostpreußens und ober-schlesisches Land fiel. „Deimattreu“ war das Feldgeschrei waffenloser bedrohter Volksgenossen, mit dem die Verfallung des Volkswillens bekämpft wurde.

In den nächsten Jahren wanderte die bange Sorge der Nation zum Westen, wo die Entscheidung grauerer, länger in der Schwebeliege. Aufstimmender Horn gerbrach den Separatistensputz, unbeugsamer Deimattreu den Aufmarsch und den Druck der Schmelzer wie der Expreser, bis ein geeintes Volk die Befreiungsnacht erleben durfte. „Der Kampf um den Rhein wurde deutscher Sieg.“

In der Verteidigung des Reiches war der Rhein immer Sinnbild staatlicher Weltung. In Jahrtausenden umkämpft, war er Brücke, solange der Deutsche Herr seines Hauses. Sollte 450 Jahre, vom Aufstieg der Karolinger bis zum Niedergang der Staufer, ruhten die Waffen am Rhein, weil die Kampfbarn in natürlichen Grenzen Frieden hielten. Seit 1214 beschattet der Verlust der Einheit und Intelligenz des Stromgebietes die deutsche Entwicklung. Kriege wechselten mit Zeiten des Waffenstillstandes sino die. So wälzte sich der Kampf um den Strom durch die Jahrtausende. Mit der Befreiung von fremder Besatzung soll eine neue Friedenszeit kommen.

Wir wollen die Rheinlande im Frieden halten, wie es zu allen Zeiten deutsches Schicksal war. Aber wir müssen frei sein, wir müssen frei sein, weil kein Gemeingut unter den Völkern der Welt gedeihen kann, wenn das Recht ge- beugt, wenn das Gesetz des Raumes vergewaltigt, wenn „stilllich und beherrschte Macht“ ungleich verteilt ist.

Drum grüßen wir gerade in dieser Stunde des Dankes im Schmutz, aber auch in unbegrenzter Hoffnung die Brüder an der Saar, wie die Eisenmacht in Eupen und Namcheb.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr — so klang es aus tausend Reiben zur Zeit des ungeheuren Widerstandes an der Ruhr, bei der Ueberwindung der Sonderbündler bis in unsere Tage. Wie oft drohte der Verfall auszugreifen. Aber der Arbeiter ließ seinen heimatlichen Boden ebensovien vergewaltigen wie der Bergbau und Beamte, der Bauer und der Bürger der Stadt. Dieser Bund unerschütterlicher Standhaftigkeit, diese Einheitsfront hat Ostpreußen gerettet wie die Lande am Rhein.

Unser ganzes Volk atmet auf, auch wenn der Druck des grauen Tages lastet, daß die bittere Zeit des Zwanges, der Anblick fremder Uniformen vorbei ist. Jedes Dorf, jede Stadt feiert seine Freude. Die Fahrt des Reichspräsidenten, der Ostmark Sohn, des Rheines Betreuer, war ein Jubelzug bis zur Trauernacht von Koblenz, die zur neuen Bestimmung mahnt.

Nun fordert der Osten Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, Willen, Zukunftshoffnung.

Wir gedenken in der Schwere und Tiefe unserer Seele des geschichtlichen Reichslandes, der ungeschlagenen Bünde in der Ostmark, diesem verklärten Lungenflügel des Reiches. Wir denken daran, unter welch schändlichem Druck Wilson zur unvollständigen Absegnung Ostpreußens gezwungen wurde, zu welchem Zwitzergestalt das deutsche Dantsig verurteilt wurde.

Die Zukunft des polnischen Nachbarn, der seine staats- liche Macht nicht zum geringsten Teil deutschen Blut- opfern verdankt, kann nur gesichert sein, wenn Deutsch- land und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden. Ostdeutschlands Blutkostung bleibt eine europäische Sorge und Gefahr.

Deimattreu! Gibt es ein edleres, ruhmvolleres Kenn- wort! Unsere inneren Augen schweifen über die deutschen Gauen, in der Seligkeit wiedererworbenen Eigentums, aber auch im Schmerz um die heute noch verlorenen, einst wieder- zugewinnenden deutschen Lande, die eine Fällung des Bil-

lens deutscher Volksgenossen und rechtswidrige Grenzziehung unter fremde Staatshoheit stellt.

Die Grenzen des Unrechts halten nicht stand gegen Volksrecht und nationalen Lebenswillen.

Wir wissen mit Hermann Stegemann: „Genera- tionen gehen durch helle Tage, Generationen wandeln durch Dämmerung und Nacht.“ Aber keine Generation weicht, ob sie die letzte ihres Volkes ist. Schon im Glauben an die Be- harrung, im Willen zur Tat liegt Zukunft beschlossen!

Weg mit dem Gerede von der Katastrophe, her mit dem Tat, alle Räte zu bannen!

Wir spüren aus dem Hauber des Rheins, aus der Herd- heit unferes Ostens gewachsen, Kräfte, die uns zu hoffen leiten:

Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat.

## Brüning für verantwortliche Demokratie

### Eine Kanzlerrede in Hagen

Hagen, 10. August. Reichskanzler Dr. Brüning hielt auf dem Provinziallandtag der westfälischen Zentrumspartei in Hagen eine Rede, in der er u. a. ausführte: Als das Kabinett Hermann Müller dimissionieren mußte und der Reichspräsident mich rief, habe ich mich mit denen zusammengefunden, die entschlossen waren, alles Notwendige zu tun, und die entschlossen waren, ihre ganze politische Existenz aufs Spiel zu setzen. Wir waren entschlossen, ohne Rücksicht auf die anderen Parteien, allen Fehlern, die sich aus einer verbliebenen Auffassung von der wahren Situation ergaben, fest ins Auge zu sehen und alle diese Fehler kühn und rücksichtslos dem deutschen Volke aufzuzeigen und an die Arbeit zu geben. Nun frage ich Sie, können Sie selbst das Geschrei ernst nehmen, wenn man dieser Regierung einen Ver- fassungsbuch vorwirft? Es ist doch merkwürdig, daß gerade von der sozialdemokratischen Seite diese Auf- fassung in der Agitation vertreten wird.

Man muß daran erinnern, daß etwa im Dezember v. J. von den Sozialdemokraten selbst von der Diktatur ge- sprochen wurde.

Auch wir haben schon gesagt, daß es notwendig sei, zuzugreifen, mit allen verfassungsmäßigen Maßnahmen, die denkbar sind. Die Verfassung ist dazu da, was sie der erste Reichspräsident Ebert angewendet wissen wollte, der ohne den Widerspruch seiner Partei den Artikel 48 in An- wendung gebracht hat. Es geht nicht, daß man in solch ent- scheidenden Fällen, von deren Erledigung das Schicksal des Volkes für seine Zukunft abhängt, aus dem Verbanden nicht herauskommt. Wir sind gewappnet, wenn die Sozial- demokratie uns angreift. Wir sind gewappnet auch gegen die übrigen Parteien. Ich brauche kein Wort zu sagen über die historische Verantwortung, die Hugenberg durch die Ab- lehnung der Notverordnung auf seine Schultern genommen hat. Wir haben Opfer gebracht, aber wenn man an die Vor- geschichte der Deutschenationalen Partei denkt, fragt man sich und weiß nicht, was man sagen soll, daß gerade diese Partei aus parteipolitischen Gründen verlagte, als die Dr- hüffe durchgeföhrt werden sollte.

Meine Aufgabe ist es, darauf hinzuweisen, daß es Zeit ist, einmal zu einer wirklichen und verant- wortlichen Demokratie zu kommen.

denn es geht darum, das deutsche Volk aus seinem schweren Krisenzustande wirtschaftlicher und sozialer Art zu retten, den es in der größten Schwere seit der Revolution durch- zumachen hat.

Bei der festen Währung, und das ist der Gegensatz gegenüber 1923, sind wirtschaftliche und finanzielle Erschüt- terungen unter Umständen viel schwerer zu ertragen als vor- her. Wir erkennen es als ein großes Verdienst des Finanz- ministers Dietrich an, daß er den Grundstein für die Maß- nahmen der Währungsreform schon im vorigen Jahre gelegt hat. Wir sind diesen Weg schon weiter gegangen, aber eins haben wir vermeiden, nämlich zu langes Verhandeln über die Inkraftsetzung und über die Höhe der einzelnen Maß-

arten. Worum es geht, war zu verhindern, daß die deutsche Landwirtschaft für ihre Produkte Preise erzielt, mit denen sie einfach in wenigen Wochen zum völligen Ruin gebracht wurde. Es ist gelungen, das Gefühl der Sicherheit in die deutsche Wirtschaft wieder hineinzubringen. Aber man muß sich darüber klar sein, daß ein gewaltsames Verschlagen von Preisbildungen aus einmal nicht die Arbeitslosigkeit lindern, sondern sie noch weiter vermehren würde. Die Regierung ist jetzt dazu übergegangen, 185 Millionen zu sparen.

Wir haben reifliche Einsparung erzielt und haben die Ersparnisse auf alle Etagen verteilt, aber noch nicht öffent- lich bekanntgegeben.

Es ist notwendig, daß sich Reich, Länder und Gemeinden darauf einstellen, daß man in den Ausgaben sich möglichst bescheiden einstellen muß, daß man die Ausgaben zusammen- streifen und alles tun muß, um jetzt durch öffentliche Bauten, Veranstaltungen usw. im Ausland nicht den Eindruck zu er- wecken, als ob es dem deutschen Volke sehr gut gehe. Die Situation, in der wir im vorigen Frühjahr nach Paris zu Sachverständigenverhandlungen gegangen sind, darf sich niemals wieder in der Geschichte Deutschlands wiederholen.

Fassen Sie die Beschlüsse der Regierung nur als eine Vorbereitung auf den Gesamtwerk der finanziellen Sanie- rung von Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Werk muß ein Bauprogramm hineingestellt werden, das bis zu einer bestimmten Frist die Wohnungsnot beseitigt und eine planmäßige Finanzierung herbeiföhrt, sowie die Frage regelt, was aus der Hauszinssteuer nach diesem Ter- min wird, bzw. was sie verwendet werden soll. Hineingestellt werden muß die Lösung des Finanzproblems der Reichs- bahn. Alle diese Dinge müssen zusammengehen mit einer Verwaltungsreform und einer klaren Aufgabenteilung zwi- schen Reich, Ländern und Gemeinden. Jede der Instanzen soll möglichst Freiheit auch in ihrer Einnahmegeraltung haben, damit eine klare Verantwortlichkeit für die Finanzpolitik bei den Wählern erzielt werden kann.

## Dänisch-norwegischer Konflikt

Die angebliche Besitzergreifung ostfönländischer Inseln durch Norwegen

Kopenhagen, 10. August. Die angebliche Besitzergreifung ostfönländischer Inseln durch eine norwegische Fliegerexpedition wird in der dänischen und norwegischen Presse eingehend erörtert. Das dänische Auswärtige Amt hat bisher noch keine Meldung über die angebliche Besitzergreifung erhalten und wartet vorläufig den Bericht des dänischen Gesandten in Oslo ab. In Norwegen scheinen die Meinungen geteilt zu sein. Während ein angesehenerer norwegischer Staatsrechts- lehrer auf dem Standpunkte steht, daß eine Annexion nach den bestehenden Verträgen an sich nicht rechtmäßig sei, äußert sich ein hoher Beamter des norwegischen Auswärtigen Amtes dahin, daß es sich wahrscheinlich um Niemandland handle, von dem die Norweger Besitz ergreifen könnten, eine Ansicht, die von dänischer Seite energisch bestritten wird.